

Globale Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft

Dr. Franz Schoser: Vortrag auf der BKU-Bundestagung in Regensburg am 10. Oktober 2009

Alle Welt redet von Globalisierung. Man fragt sich: Ist das ganz neu? Blickt man zurück, dann stellt man fest: Schon vor dem ersten Weltkrieg war die damals bekannte Welt global. Unsere Großeltern haben gerne von den damals goldenen Jahren gesprochen.

Der Erste Weltkrieg, die Depression der 1920er Jahre und das Dritte Reich haben die Situation verschlechtert. Und erst nach 1948 kam es allmählich zu einer schrittweisen Öffnung Westdeutschlands in die weite Welt. – Nicht zu vergessen: Ostdeutschland und Osteuropa blieben bis 1989 zugemauert.

Vor diesem historischen Hintergrund war der Weg zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Westen Deutschlands eine totale Wende und ein gewagtes Experiment. Nun wird heute oft behauptet, die Soziale Marktwirtschaft laufe Gefahr, in dieser globalen Welt nicht bestehen zu können. Dabei wird unterstellt, dass diese für Deutschland in der Nachkriegszeit so erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich erstmals zu bewähren habe. Es wird aber übersehen, dass die Entstehung und Durchsetzung dieser Ordnung in der BRD nur nach harten ideologischen Auseinandersetzungen erreicht worden ist. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wandten sich gegen Planwirtschaft und Dirigismus des Nationalsozialismus. Sie

wandten sich auch gegen interventionistische Eingriffe des Staates wie während der Weimarer Republik. Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow haben schon während der Zeit des Nationalsozialismus ihre Ideen entwickelt und konzipiert. 1940 erschienen Euckens Grundlagen der Nationalökonomie. Die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft wollten eine neue Ära der Freiheit vorbereiten. Sie waren nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Publizisten und – wie man heute sagen würde – Politikberater. Wo gibt es heute solche Persönlichkeiten?

Als 1945 die Besatzungsmächte das Regime übernahmen, ging es vordringlich um die Behebung der Mangelwirtschaft und den Wiederaufbau. Fast vergessen ist, dass die Alliierten in den Westzonen keineswegs an eine freiheitliche Wirtschaftsordnung dachten, sondern Regulierung und Dirigismus ihr Weg war. Die Montanunion ist dafür bezeichnend, denn sie verplante den Markt für Kohle und Stahl zwar übernational, aber perfekt durchorganisiert. Umso erstaunlicher ist es, dass die Alliierten in den West-Zonen den deutschen Politikern den Freiraum gaben, und es dann gelungen ist, die Kontroverse zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugunsten einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu entscheiden. Harte Auseinandersetzungen gab es zwischen dem Gewerk-

schaftsideologen Viktor Agartz und dem SPD-Vorkämpfer Heinrich Deist auf der einen Seite und Ludwig Erhard, Müller-Armack und ihren Mitstreitern auf der anderen Seite

Das Risiko der Freiheit

Denn in der damaligen Notlage sprach vieles dafür, den Staat alles regeln zu lassen, anstatt das Risiko der Freiheit einzugehen. Niemand hatte praktische Erfahrungen mit einem freiheitlichen System – aber es war vor allem der Glaube an die Freiheit, den Wettbewerb und die Verantwortung von Politik und Bürgern, die diesen Weg öffneten. Heute stellen wir fest, dass all jene Bereiche, die damals nicht in den Wettbewerb überführt wurden, ihre strukturellen Probleme nicht bewältigt haben. An erster Stelle steht dabei die Agrarwirtschaft. Als die SPD in ihrem Godesberger Programm 1959 von der sozialistischen Arbeiterpartei zu einer Volkspartei mutierte, bekannte sie sich zur Marktwirtschaft. Damit waren die langjährigen innenpolitischen Grabenkämpfe – zumindest nach außen – überwunden. Hoffen wir, dass die SPD bei ihrer derzeitigen Neuorientierung nicht wieder vor Godesberg zurückgeht! Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat sich noch ein weiteres Mal bewährt, nämlich auf

dem Weg der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration. Ziel dieser West-Integration war es unter anderem die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten schrittweise anzunähern. Es ist dabei Deutschland gelungen, auf verschiedenen Politikfeldern Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung einzubringen. Das gilt etwa für die Handelspolitik (Binnenmarkt), die Beihilfepolitik (Opel) und nicht zuletzt die Finanz- und Währungspolitik, die am längsten brauchte, bis eine gemeinsame Währung möglich wurde. Dieser – wenn man so will, zweite Schritt der freiheitlichen Wirtschaftsordnung unseres Landes war eine weitere Bewährungsprobe – und das mit europäischen Partnern unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Konzepte. Trotzdem hat diese zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land eine ganze Reihe von marktwirtschaftlichen Prozessen eingeleitet, wie etwa die Öffnung der Grenzen durch Befreiung von Kontingenten und Zöllen, durch Regelungen für die nationalen Beihilfen, durch Subventionskontrolle, durch Liberalisierung staatlich regulierter Märkte wie in der Telekommunikation, im Verkehr, bei Dienstleistungen. Ohne die europäische Integration wäre die Liberalisierung in diesen sensiblen Bereichen innenpolitisch nur schwer erreicht worden. Aber der Prozess der Integration ist keineswegs beendet. Denn zum einen gibt es immer wieder Versuche, regulierende Maßnahmen zu initiieren, nach dem Motto: was national nicht erreicht wird, könnte ja via Europa gehen. Zum anderen ist die Vertiefung der EU noch keineswegs vollendet. Es sollte nicht übersehen werden, dass alle Beitrittsländer, zuletzt aus Ost- und Südosteu-

ropa, ohne diesen Prozess der Integration in die EU nicht den Weg in ihre neue Freiheit und zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gefunden hätten. Bei aller Kritik, die an der Brüsseler Bürokratie oft zu recht geübt wird, dürfen diese Erfolge nicht hoch genug bewertet werden.

Exportartikel Marktwirtschaft?

In diesem Kontext muss man sich mit der häufig benutzten These auseinandersetzen, die Soziale Marktwirtschaft sei kein Exportartikel. Dabei wird das in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte System quasi als ein Produkt verstanden, das man ohne weiteres auf andere Länder übertragen kann, ihnen gewissermaßen überstülpen könne. – Man muss zugeben, in der ehemaligen DDR ist das so geschehen – mit gutem Erfolg!

Damit ist aber eine Kernfrage der Sozialen Marktwirtschaft angesprochen: Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben kein fertiges Produkt hergestellt, sondern ein Konzept, ein Programm für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das auf grundlegenden Prinzipien basiert, nämlich Freiheit, Wettbewerb, Privateigentum, Haftung und Verantwortung. Diese Prinzipien oder Grundregeln werden auf die jeweilige wirtschafts- und gesellschaftliche Situation angewandt, also auch auf die globalisierte Welt. Das ist die Brücke zur Herausforderung, die heute aus der Globalisierung und aus der Finanzkrise kommt.

Globalisierung in diesem Zusammenhang heißt, dass weltweit die mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaften nicht mehr die Basis des Wirtschaftens sind. Die

weltweite Arbeitsteilung muss fortschreiten, um vor allem den Schwellen- und Entwicklungsländern die Teilhabe am Fortschritt und Wohlstand zu ermöglichen. Aber diesen Prozess kann man nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nicht sich selbst überlassen. Bei weltweit geöffneten Märkten ist für die Wettbewerbspolitik eine andere Dimension erforderlich, weil die Ausgangsbedingungen der Weltkonkurrenten ganz unterschiedlich sind. Solange es keine Weltregierung gibt müssen Wege gefunden werden, die Konkurrenz im weltweiten Rahmen entweder sich selbst zu überlassen – was allein schon wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Länder unrealistisch ist – oder Regeln für den Wettbewerb zu finden. Solche Lösungen müssen etwa ansetzen bei den bisherigen Strukturen wie in der Handelspolitik (GATT), beim Arbeitsmarkt (ILO), oder der Geld- und Währungspolitik (IMF, Weltbank oder BIZ).

Die Wirksamkeit dieser Instrumente ist bisher unbefriedigend. Sie leiden an den recht unterschiedlichen Interessen und damit an den Schwierigkeiten, gemeinsame Lösungen zu finden.

Nun hat die Finanz- und Wirtschaftskrise die Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung kräftig angeheizt. Die Frage, ob die bisherige Ordnung versagt hat und ob eine marktwirtschaftliche Ordnung in der Lage ist, die Malaise zu beheben, steht im Mittelpunkt vieler Debatten in Politik und Öffentlichkeit.

Die Ursachen der Finanzkrise lagen eindeutig in den USA. Nach dem Motto: Jedem sein Häuschen für billiges Geld, auch wenn der Erwerber dafür nicht genug Einkommen hat, wurde als soziale Tat gepriesen. Dazu kamen Finanzierungsmethoden, die völlig

unübersichtlich und mit unkalkulierbaren Risiken behaftet waren. Dabei hat die staatliche Kontrolle versagt – nicht nur in USA, sondern fast in allen Ländern. Die Folgen erleben wir derzeit.

Es geht aber nicht nur um diese technisch-organisatorischen Fragen. Durch die Transparenz der modernen Medien werden dahinter liegende Unterschiede in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und unterschiedliche Kulturen offenbar, und diese stehen in einer internationalen Konkurrenz. Ob wir es wollen oder nicht, uns wird weltweit eine Systemdebatte aufgedrängt.

Der stärkere Einfluss der angelsächsischen und amerikanischen Lebens- und Wirtschaftsweise in Kontinentaleuropa wird teilweise als ansteckender Mentalitätswandel mit all seinen Übertreibungen gewertet. Ein Schweizer Bankier – nicht Herr Ackermann – hat diesen Einfluss kürzlich als Amerikanisierung Europas charakterisiert und an einigen kulturellen Unterschieden markiert.

- In Kontinentaleuropa ist Tradition, mittel- und langfristige Orientierung üblich – besonders im Mittelstand – in den USA herrscht kurzfristiges Denken und Streben vor – siehe quarterly report – alle Vierteljahre ein Erfolgserlebnis – mit entsprechenden Vergütungen!! Oder die Unterschiede der Bewertung in den Bilanzen.

- Jenseits der Ozeane sind Konkurrenz, Streben nach Macht, Fortschritt, der materielle Erfolg wie shareholder value, der Hang zum Konsum dominant.

- Bei uns geht es um Kooperation, Konsens. – Streben nach sozialen Ausgleich nach sozialer Gerechtigkeit sind Leitbilder.

- Europäer sind oft von Zweifeln, von Skepsis bestimmt, drüben ist man per se optimistisch.

- Bei den Managergehältern hat die Amerikanisierung Einzug gehalten.

- Die Diskussion um Krankenversicherung in USA zeigt den Unterschied an sozialem Verständnis eklatant. Die traditionell höheren Einkommensunterschiede in den USA ergänzen dieses Bild.

Es überrascht nicht, dass die Disziplinierung im Finanzbereich jenseits von Ärmelkanals und Atlantik nicht so konsequent verfolgt wird wie bei uns. Dahinter stehen auch nationale Interessen, weil zum Beispiel in Großbritannien der Finanzbereich 15 Prozent des Sozialproduktes leistet und bei uns nur fünf Prozent.

Aber man reibt sich schon die Augen, wenn man liest, dass vor wenigen Tagen die anglikanische Kirche zusammen mit Wohltätigkeitsinstitutionen sich massiv gegen die Regulierung von Hedgefonds in Großbritannien wendet. Ihre Begründung: „Die Maximierung der Erträge auf unsere Investments gehören zu unserer Mission, der Gesellschaft zu helfen.“ Man kann sich nur wundern.

Die „Newcomer“

Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, dass außerhalb Europas neue Kulturen entstehen, die Anspruch auf Weltgeltung erheben. Sie sind „newcomer“ in der Weltwirtschaft und erst recht in der Politik für die Weltwirtschaft. Zur Einbeziehung dieser Neuen ist G20 erfunden worden. Dazu gehören die sogenannten BRIC Staaten, sie sehen sich als big realy imperial countries – nämlich Brasilien, Russland, Indien, Indonesien und vor allem China. Aber auch Südkorea, Australien, Südafrika und Saudi Arabien, Argentinien und auch die Türkei wirken mit.

Sie alle haben einen steigenden Einfluss auf die Weltwirtschaft – einmal durch die Größe ihrer wachsenden Bevölkerung, durch ihre Rohstoffe oder durch ihr Finanzpotential. China etwa erwirtschaftet riesige Exportüberschüsse und finanziert damit das amerikanische Leistungsbilanzdefizit. In Afrika betreiben die Chinesen konsequente Rohstoff- und Energiesicherung. Die newcomers haben aus unterschiedlichen Hintergründen ganz unterschiedliche Wirtschafts- Gesellschafts- und Sozialsysteme. Aber trotz der Vielfalt der Systeme und Ideologien muss ein gemeinsamer Weg aus der Krise gefunden werden.

Die G20 haben in Pittsburgh beschlossen, wichtige Bausteine für eine neue Finanzarchitektur zu schaffen. Wenn auch viel über die Begrenzung der Managergehälter geschrieben wird, so sind doch globalisierte Spielregeln für die Finanzmärkte entscheidender, damit die Banken zu höherem Eigenkapital und ausreichender Liquidität verpflichtet werden und damit riskante Finanzmanipulationen durch eine stringenter Aufsicht vermieden werden. Dass die Schwellenländer am IMF beteiligt werden sollen und auch mehr internationale Kontrollfunktionen haben soll, gehört dazu.

Keine Weltregierung?

Eine globale Ordnungspolitik notwendig ist notwendig, denn nur damit besteht die Chance, sich gegen Finanzkrisen in einer globalen Welt zu sichern. Da es keine Weltregierung gibt – und wohl auch bald nicht geben wird – plädiert die Bundeskanzlerin für Leitlinien oder eine internationale Charta. Welche Wertvorstellungen in einem multipolaren Staa-

tensystem das 21. Jahrhunderts dominieren, ist allerdings offen. Die neueste Enzyklika von Papst Benedikt ist dafür eine wichtige Wegweisung, mit der eine weltweite Wirkung erreicht werden kann. Die Rolle des Staates, aber auch der bürgerlichen Organisationen und Verbände wird als wirksames Gegenmittel zu jeder Form eines bevormundenden Sozialsystems herausgesellt.

Da die Verwundbarkeit der nationalen Volkswirtschaften durch die Finanzkrise offenbar geworden ist, steht die Durchsetzung einer neuen Ordnungspolitik im Vordergrund. „Neues Denken“, das in Umbruchsituationen der letzten Jahrzehnte – zum Beispiel bei der europäischen Integration – aus der Sozialen Marktwirtschaft möglich war, ist wieder erforderlich.

Das ist ein mühsamer Weg über die internationale Kooperation und bedarf großer Überzeugungskraft, um Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch weltweit zur Geltung zu bringen, vor allem wenn der Wettlauf der Kulturen und auch Religionen an Schärfe gewinnt.

Diese Herausforderung braucht eine europäische Koordinierung, denn gerade in der großen weiten Welt – wie bei G20 – ist eine Positionierung der EU notwendig und wirkungsvoll. Der Integrationsprozess der letzten Jahrzehnte hat hierfür eine gute Basis geschaffen. Diese Gemeinschaft hat sich nach außen wie nach innen bewährt. Vor allem die gemeinsame Währung im Euro-Raum ist ein Mittel der Disziplinierung, das zusammen mit dem Stabilitätspakt gerade in der Finanzkrise schlimmere Auswirkungen in den Mitgliedstaaten verhindert hat. Die ordnende Hand der EU

ist vor allem bei der Wettbewerbs- und Beihilfepolitik präsent und hat schon manchen nationalen Alleingang behindert.

Der nationale Handlungsbereich wird enger, bleibt aber das primäre Aktionsfeld für die Soziale Marktwirtschaft. Auch die Umsetzung europäischer Regelungen lässt dazu Spielraum, der leider meist in Richtung Verschärfung oder Intervention genutzt worden ist. Verbraucher- und Umweltschutz sind dafür bewährte Aktionsfelder.

Gleichzeitig muss darauf eingewirkt werden dass derjenige, der von der Globalisierung profitiert, auch für Risiken daraus einstehen muss. Da kann nicht die Entschuldigung gelten „to big to fail“. Monopole und Oligopole können nicht ungeniert zu Lasten der Gemeinschaft operieren. Hier zeigt sich, dass die Entwicklung der politischen Institutionen während der letzten 20 Jahre mit der wirtschaftlichen Dynamik nicht Schritt gehalten hat. Deshalb ist die Finanzkrise ein Ordnungsproblem par excellence. Es darf kein neoliberaler Marktradikalismus entstehen so wenig wie autoritärer Staatskapitalismus. Die Soziale Marktwirtschaft ist das richtige Modell, weil keine andere Ordnung wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich verbindet.

Dabei darf die Wertediskussion nicht verdrängt werden, sondern muss auch eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Dabei muss der Blick auf „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ gerichtet werden, auf jene Ordnungspolitik, die noch ein Mindestmaß an moralischem Verantwortungsbewusstsein bei allen Marktteilnehmern voraussetzt.

Der Chef der größten britischen

Bank hat kürzlich gesagt, Globalisierung ist keine Ideologie, sie ist eine natürliche Entwicklung in der menschlichen Gesellschaft. Und diese Entwicklung müssen wir mit gestalten – jeder an seinem Platz.

Zum Schluss noch eine Herausforderung besonderer Art. Ich meine die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaften an unseren Universitäten. Hier gibt es einen starken Trend, das wirtschaftliche Geschehen in rationale mathematische Formeln zu zwingen und damit zu mechanischen Vorgängen zu machen.

Da dieser Trend vor allem aus den Vereinigten Staaten kommt und sich in der Finanzkrise gezeigt hat, wie weit viele dieser Wissenschaftler und Rechner von der Realität entfernt sind – immerhin hat die Harvard University in der Krise ein Drittel ihres Vermögens verloren – daher ist es umso unverständlicher, dass viele deutsche Fakultäten diesen Weg gehen. Gerade für die Orientierung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalen Welt ist Politikberatung gefragt, wie einst bei ihren Begründern.

Wenn aber das anglo-amerikanische Modell die Oberhand gewinnt, steht zu befürchten, dass aus der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in ausreichendem Umfang Konsequenzen durch ordnende Maßnahmen auf übernationaler Ebene gezogen werden. Damit würde es weiterhin einen Zyklus von Krisen geben, der angeblich dem Wirtschaftsablauf über die Jahrhunderte immanent sei.

Wollen wir hoffen, dass diese Theorie nicht recht bekommt, sondern die gegenwärtige Krise bald faktisch, aber auch konzeptionell bewältigt wird.

Impressum:

Die Grünen Seiten erscheinen als Dokumentationsdienst im BKU-Journal des Bundes Katholischer Unternehmer e.V., · Georgsstraße 18 · 50676 Köln
Tel. 0221/27237-0 · Fax 0221/2723727 · E-Mail: unterberg@bku.de · www.bku.de · Redaktion: Peter Unterberg · ISSN 1865-4576